



Für mehr Klimaschutz und eine andere Energiepolitik!

Für eine tier- und umweltgerechte Landwirtschaft!

Für faires Wirtschaften. Ressourcenverschwendung stoppen!

Für mehr Schutz vor riskanten Chemikalien!

Für die Bewahrung natürlicher Lebensräume!

POSITIONEN DES BUND IM WAHLJAHR 2017



**ICH WÄHLE
BUNT!**

Umwelt. Zukunft. Wählen.

Am 24. September 2017 wird ein neuer Bundestag gewählt, der unser Leben, die Politik und die Gesetzgebung die nächsten vier Jahre prägen wird. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat sich die unterschiedlichen Positionen und Ideen der Parteien angeschaut und macht Vorschläge für die nächste Legislaturperiode.

Jetzt müssen wichtige Weichen gestellt werden, damit die Lebensgrundlagen der Menschen bewahrt und die Interessen des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigt werden.

Mehr Informationen unter:
www.bund.net/bundestagswahl



1. Für mehr Klimaschutz und eine andere Energiepolitik!

Die Klimakrise ist da – 2016 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Zugleich verpflichtete sich auch Deutschland im Pariser Klimaabkommen, die Erderwärmung möglichst auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen.

Um das zu erreichen fordert der BUND:

- Ein Klimaschutzgesetz muss die Treibhausgase in allen Bereichen drastisch reduzieren.
- Das Ende der Kohleverstromung muss deutlich vor 2030 umgesetzt sein.
- Die Stromerzeugung muss spätestens 2040 vollständig auf erneuerbaren Energien basieren.
- Die Wende zu nachhaltiger Mobilität muss sofort beginnen; bis 2030 sind die CO₂-Emissionen im Verkehr um mindestens 40 Prozent zu senken.

Die Energiewende muss naturverträglich gestaltet werden; die Energieverschwendung muss beendet und der Energieverbrauch bis 2040 um mindestens die Hälfte verringert werden. Der Atomausstieg ist vorzuziehen und verfassungsrechtlich abzusichern.



2. Für eine tier- und umweltgerechte Landwirtschaft!

Die Nutztierhaltung muss von Grund auf umgebaut werden. Vor allem ist die Anzahl der Tiere an die vorhandene Fläche anzupassen.

Der BUND fordert:

- Die Haltungform der Nutztiere muss klar und eindeutig gekennzeichnet werden. Auch Produkte von Tieren, die gentechnisch verändertes Futter im Trog hatten, müssen entsprechend kenntlich gemacht werden.
- Der Bau weiterer Ställe ist gesetzlich zu begrenzen.
- Der Antibiotikaeinsatz muss verringert werden, die Verwendung der für die menschliche Gesundheit unverzichtbaren Reserveantibiotika in der Tierhaltung ist einzustellen.
- Die sogenannten „Neuen Gentechniken“ müssen nach dem Gentechnikrecht geregelt werden, denn auch dabei handelt es sich um Manipulationen am Erbgut.



3. Für besseren Schutz vor riskanten Stoffen und Technologien!

In der Europäischen Union gilt das **Vorsorgeprinzip**, insbesondere auch bei der gesetzlichen Regulierung von Chemikalien.

Der BUND fordert:

- Das Vorsorgeprinzip, der unverzichtbare Grundsatz des Umwelt- und Gesundheitsschutzes, muss konsequent umgesetzt werden. Und zwar auch für hormonell wirksame Schadstoffe in Alltagsprodukten und Lebensmittelverpackungen, für hochfrequente Funkstrahlung der mobilen Kommunikation und für Nanotechnologien.
- Besonders gefährliche Pestizide wie Glyphosat und Neonicotinoide müssen verboten werden.
- Ein nationaler Bienenaktionsplan zum Schutz von Insekten wie Bienen und Hummeln muss verabschiedet werden. Sie sind für die Bestäubung von Nahrungspflanzen, Obstbäumen und Blumen unverzichtbar.



4. Für die Bewahrung natürlicher Lebensräume!

Bis 2030 müssen der Flächenverbrauch in Deutschland gestoppt und die Böden besser geschützt sein. In den Städten müssen mehr natürliche Refugien und Biotop angelegt werden. In den ländlichen Regionen sind 200.000 Hektar natürlicher Lebensräume zu schaffen und mit einem „Bundesnetzplan Biotopverbund“ zu verknüpfen und zu sichern.

Der BUND fordert:

- Flüsse, Meere und andere Gewässer müssen besser geschützt werden – dafür ist die EU-Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen.
- Mehr als 5.000 Flusskilometer müssen über das Bundesprogramm „Blaues Band“ renaturiert werden.
- Mindestens 50 Prozent der Fläche der marinen Natura-2000-Gebiete müssen frei von jeder Nutzung sein. Zudem ist die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie rasch umzusetzen.
- Zwei Prozent der Landfläche sollen zu Wildnisgebieten und zehn Prozent der Waldfläche zu Naturwäldern werden. Für die Forstwirtschaft müssen gesetzliche ökologische Mindeststandards gelten.



5. Für faires Wirtschaften. Ressourcenverschwendung stoppen!

Die Weltwirtschaft lebt über ihre Verhältnisse. Das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA sowie das CETA-Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada sind nicht geeignet, einen fairen Welthandel zu fördern, der auf ökologischen und sozialen Grundsätzen basiert. **Deshalb fordert der BUND:**

- Der existierende CETA-Vertrag darf nicht ratifiziert werden.
- Das Vorhaben, eine Investitionsschutz-Paralleljustiz für internationale Konzerne zu errichten, muss aufgegeben werden.
- In der internationalen Handels- und Rohstoffpolitik sind die Belange des Klima-, Umwelt- und Artenschutzes sowie der Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu stärken.
- Umweltschädliche Subventionen müssen gestrichen, die Finanz- und Handelssysteme sozial-ökologisch umgebaut werden.
- Der Ressourcenverbrauch ist drastisch zu reduzieren. Ressourcenschonende Produkte und Produktionsweisen müssen umfassend gefördert werden.



Die Erde braucht Freund*innen!

Der BUND setzt sich seit mehr als 40 Jahren für die Bewahrung der Natur, für den Schutz des Klimas und für umweltgerechtes Wirtschaften ein.

Wir fordern den kompletten Atomausstieg, die Abkehr von der Kohleverstromung, eine stärkere Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und einen besseren Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Erforderlich sind auch Reformen in der Agrarpolitik, ein Ende der industriellen Tierhaltung und des Pestizideinsatzes sowie der Luft- und Gewässerverschmutzung.

Insbesondere im Wahljahr 2017 ist Ihr und unser Einsatz gefragt. Deshalb: Werden auch Sie BUND-Mitglied, engagieren Sie sich mit uns gemeinsam für die Natur, für mehr Umweltschutz und für die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen.

www.bund.net/mitgliedwerden

